

AKTUELL

SVP-KANTONALPARTEITAG

Mittwoch, 10. April 2019, 20.00 Uhr

Boswil, Landgasthof Löwen

**Parolenfassungen zu
den Abstimmungen
vom 19. Mai 2019**

1. Begrüssung

2. Vorstellung Nationalratsliste der Jungen SVP

3. Parolenfassungen zu den Abstimmungen vom 19. Mai

Eidg. Vorlagen:

2: **EU-Waffenrichtlinie:** GR Christoph Riner

1: **Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)**

Pro: Altgrossrat Thomas Bodmer, Steuerexperte

Contra: Nationalrat Thomas Burgherr

4. Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Der Präsident hat das Wort – Steuer jetzt herumreissen <i>von Thomas Burgherr, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Wiliberg</i>	3	Mitteilungsblatt der SVP Aargau Auflage: 10'500 Exemplare
SVP-Kantonalparteitag	5	Parteisekretariat und Redaktion des SVP Aktuell SVP Aargau Pascal Furer (Fu) Parteisekretär Gässli 4 5603 Staufen Tel. 062 823 73 70 Fax 062 823 73 71 E-Mail: info@svp-ag.ch Internet: www.svp-ag.ch PC-Konto: 50-1650-3
Nein zum Entwaffnungs-Diktat der EU! <i>von Christoph Riner, Grossrat, Zeihen</i>	7	
Ja zur Steuervorlage 17 ist für den Standort Schweiz von grösster Bedeutung <i>von Thomas Bodmer, dipl. Volkswirtschaftler und dipl. Steuerexperte, Wettingen</i>	9	
NEIN zum AHV-Steuer-Deal <i>von Thomas Burgherr, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Wiliberg</i>	11	Parteipräsident: Thomas Burgherr Sonnenrain 104 5058 Wiliberg Tel. G. 062 758 12 09 E-Mail: praesident@svp-ag.ch
Wie stoppen wir die Kostenlawine im aargauischen Gesundheitswesen? <i>von Jean-Pierre Gallati, Grossrat / Fraktionschef, Mitglied der Kommission Gesundheit und Soziales des Grossen Rats, Wohlen</i>	13	Inserate: SVP Aargau Parteisekretariat
SVP Frauen zu Besuch im Bundeshaus bei NR Sylvia Flückiger-Bäni <i>von Stefanie Heimgartner, Grossrätin, Präsidentin SVP Frauen Aargau, Baden</i>	23	Layout und Druck: Weibel Druck AG, Windisch
JSVP Aargau – Wir haben nominiert! <i>von der Jungen SVP Aargau</i>	27	Erscheinungsdaten 2019: Redaktionsschluss jeweils 15 Tage vorher. Nr. 3: 5. August 2019 Nr. 4: 7. Oktober 2019
17. Generalversammlung Club «Bürgerliche 100» Grossrätin Milly Stöckli wird zur Präsidentin gewählt <i>von Vreni Friker, Grossrätin, Vorstandsmitglied Club «Bürgerliche 100», Oberentfelden</i>	29	Inseratepreise: 1/1 S. 135x180 mm Fr. 300.– 1/2 S. 135x 88 mm Fr. 160.– 1/3 S. 135x 58 mm Fr. 110.– 1/4 S. 43x 88 mm Fr. 90.– Zuschlag für 4-farbige Inserate: 50% Zuschlag für 2. Farbe SVP-Grün: 20% Wiederholungsrabatt (4x im Jahr): 10%
Was Wann Wo	31	

Steuer jetzt herumreissen

von Thomas Burgherr, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Wiliberg
(angelehnt an Medienmitteilung vom 18.3.)



Die SVP begrüsst die vom Regierungsrat initiierte externe Analyse des Departements Gesundheit und Soziales (DGS) und versucht, ihrer Regierungsrätin Franziska Roth, wie seit Beginn ihrer Amtszeit, weiterhin zu helfen, die dringend notwendigen Korrekturen bezüglich Führung, Organisation und Kommunikation vornehmen zu können. Das Steuer muss jetzt herumgerissen werden. Gelingt dies nun nicht innert kurzer Zeit, muss Franziska Roth die Konsequenzen ziehen.

Franziska Roth wurde nach einem internen Nominationsprozess von Findungskommission und Geschäftsleitung der SVP Aargau aus einem grösseren Kandidatenfeld nach einem intensiven Prozess evaluiert und als Regierungsratskandidatin

vorgeschlagen. Man war überzeugt, mit ihr die richtige Person für das anspruchsvolle Amt zur Wahl zu empfehlen. Als Bezirksgerichtspräsidentin war sie auch mit Führungserfahrung betraut und hatte auch durch ihre frühere Tätigkeit in der Verwaltung des Kantons Zürich vertiefte Einblicke in die Gesellschaft und die Verwaltung. Dass sie als politische Quereinsteigerin hingegen am Anfang etwas Zeit braucht, sich mit den politischen Abläufen und Gepflogenheiten bekannt zu machen, war klar. Mit dem Departement Gesundheit und Soziales fiel der Neugewählten ein sehr schwieriges Departement zu, das zudem neu ausgerichtet werden musste. Das Departement musste von einem «Wohlfühlmodus» in einen Dienstleistungsmodus überführt werden. Schon vor Amtsantritt versuchte die SVP Aargau, Frau Roth in der neuen Aufgabe mit Ratschlägen, Hilfestellungen und persönlichen Gesprächen zu unterstützen.

Als nach dem ersten Amtsjahr die Fortschritte aus Sicht der Parteileitung zu gering waren, suchte man am 18. Februar 18 ein erstes offizielles Gespräch. Mit Frau RR Franziska Roth und einem Ausschuss der Geschäftsleitung, bestehend aus Parteipräsident NR Thomas Burgherr, Fraktionschef GR Jean-Pierre Gallati und Parteisekretär GR Pascal Furer wurde eine Auslegeordnung gemacht und konkrete Massnahmen vor-

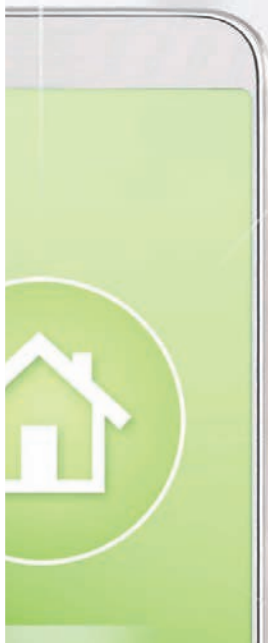
geschlagen. In laufenden, weiteren Einzelgesprächen wurden weitere Impulse und Vorschläge unterbreitet. Leider ohne die nötige Wirkung. Im Gegenteil: Die Lage, insbesondere in der Gesundheitskommission, drohte zu eskalieren. So fand am 12. Februar 19 wiederum eine Aussprache zwischen Franziska Roth und dem Ausschuss statt, nachdem mit der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) ein kompletter Bruch stattfand. Man kam überein, dass Roth das Vertrauensverhältnis mit der Kommission wiederherstellen und weitere Massnahmen treffen muss, damit bis Ende Mai deutliche Verbesserungen öffentlich sichtbar und spürbar sind, ansonsten eine weitere Amtsführung in Frage gestellt ist. Zu wichtig und mit zu viel Verantwortung betraut ist das Regierungsmandat und insbesondere das Gesundheitswesen, wo es um Millionenbeträge an öffentlichen und privaten Geldern geht.

Gleichentags brach Frau Roth im TeleM1 dann allerdings das Kommissionsgeheimnis und verunglimpfte das Parlament pauschal. Darauf folgten die bekannte Fraktionserklärung dreier Grossratsfraktionen und eine grössere mediale Berichterstattung, was beides hingegen den parteiinternen Prozess nicht beeinflusste. Nachdem Roth ein Treffen, das am 12.2. auf den 9.3.

Fortsetzung auf Seite 6



PUNKT Keusch
Gebäudeautomation



GENIESSEN SIE MEHR KOMFORT UND SICHERHEIT.

Ob **Um- oder Neubau**, jedes Zuhause lässt sich zum **Smart Home** ausbauen. Intelligentes Wohnen, sparen von Kosten und sich sicher fühlen – das **alles aus einer Hand**.

Ihr Partner aus der Region
PUNKT Keusch Gebäudeautomation

www.punktkeusch.ch – info@punktkeusch.ch – Telefon +41 75 421 10 85



Einladung zum

SVP-Kantonalparteitag

Mittwoch, 10. April 2019, 20.00 Uhr,
Boswil, Landgasthof Löwen

Traktanden

- 1. Begrüssung**
- 2. Vorstellung Nationalratsliste der Jungen SVP**
- 3. Parolenfassungen zu den Abstimmungen vom 19. Mai**

Eidg. Vorlagen:

2: **EU-Waffenrichtlinie:** GR Christoph Riner

1: **Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)**

Pro: Altgrossrat Thomas Bodmer, Steuerexperte

Contra: Nationalrat Thomas Burgherr

4. Verschiedenes

Auf einen interessanten Anlass freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüssen

SVP Aargau

Präsident
Thomas Burgherr

Parteisekretär
Pascal Furer

vereinbart wurde, an welchem sie hätte konkrete Massnahmen vorlegen und sagen sollen, wie die Partei ihr helfen könne, kurzfristig abgesagt hatte, wurde eine Geschäftsleitungssitzung auf Freitag, 15.3., einberufen.

In einem ersten Teil fand im Beisein von NR Albert Röstli, Präsident SVP Schweiz, und NR Sylvia Flückiger, deren Anwesenheit von RR Franziska Roth gewünscht wurde, eine sehr offene Aussprache statt. Im zweiten Teil beriet die Geschäftsleitung alleine das weitere Vorgehen, wobei die Direktbetroffene im Ausstand war. Man musste leider feststellen, dass die Lage prekär ist. Wegen Mängeln in

Führung, Organisation und Kommunikation ist das Vertrauen von Parlament und Mitarbeitenden im Departement weitgehend weg. Abgänge von Personen, die sie selber einstellte, häufen sich. Das Funktionieren der Verwaltung ist in Frage gestellt. Wichtige Geschäfte drohen zu scheitern. Auch die Regierung sah sich veranlasst, eine Analyse in Auftrag zu geben und ein wichtiges Dossier zu entziehen.

Die Geschäftsleitung kam einstimmig zum Schluss, dass es zwei Möglichkeiten gibt: Entweder tritt Franziska Roth umgehend aus dem Amt zurück, oder aber sie nutzt nun die Chance mit der externen Analyse und

nimmt Hilfe an, damit kurzfristig massive Verbesserungen sichtbar und spürbar werden.

Franziska Roth entschied sich für die zweite Variante. Die SVP unterstützt sie darin und hofft wirklich, dass die notwendige Verbesserung umgehend eintritt. Sollte das nicht der Fall sein, wird die Partei sie noch vor den Sommerferien zum Ziehen der entsprechenden Konsequenzen auffordern.

Ich hoffe aber sehr und werde mich nach Kräften bemühen, dass es gelingt, das Steuer gemeinsam herumzureissen.

Nein zum Entwaffnungs-Diktat der EU!

von Christoph Riner, Grossrat, Zeihen



Am 19. Mai 2019 stimmen wir über die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie ab. Selbst die Befürworter bestreiten nicht, dass die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie nicht den geringsten Sicherheitsgewinn böte, denn der angestrebte Zweck der Terrorbekämpfung wird mit der vorliegenden Gesetzesrevision nicht erreicht. Bestraft werden hingegen die unbescholtenen Schweizer Bürger.

Die EU versucht einmal mehr der Schweiz EU-Recht aufzuzwingen.

Die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie hätte zur Folge, dass der Grossteil der halbautomatischen Waffen verboten würde. Unter dieses Verbot fielen auch die zivilen Versionen der Armee-Sturmgewehre 57 und 90. Diese beiden Gewehrmodelle machen alleine etwa 80% der im Schweizer Schiesssport ver-

wendeten Waffen aus. Neu würde der traditionelle Schweizer Schiesssport also praktisch durchs Band mit verbotenen Waffen ausgeübt werden. Um künftig eine solche verbotene Waffe zu erwerben, müsste eine kostspielige, bürokratieintensive kantonale Ausnahmegewilligung beantragt werden. Wie lange es die Ausnahmegewilligung überhaupt gäbe, kann und will niemand sagen. Schon bald träten nämlich weitere Verschärfungen in Kraft. Grund hierfür ist ein in Artikel 17 der jetzt zu übernehmenden EU-Richtlinie festgelegter Überprüfungs- und Korrekturmechanismus. Mit diesem Mechanismus bevollmächtigt sich Brüssel, ab 2020 alle fünf Jahre die Wirksamkeit der aktuellen Richtlinie zu überprüfen und neue Restriktionen zu erlassen. Die EU drängte bereits bei der Erarbeitung auf ein absolutes Halbautomatenverbot für Private. Es muss damit gerechnet werden, dass den Bürgern der Besitz von Sturmgewehren und Pistolen bereits in wenigen Jahren ausnahmslos verboten würde.

Bei Übernahme der EU-Waffenrichtlinie gilt neu auch, wer eine unter das Verbot fallende Waffe besitzt und sie nicht direkt von der Armee übernommen hat, müsste sie, sofern sie noch nicht registriert ist, den Behörden melden. Diese Meldepflicht ist aber nichts anderes als eine umbenannte Nachregistrierungspflicht, die das Volk 2011 an der Urne klar abgelehnt hat.

Das Schweizer Volk hat in den letzten Jahren Vorlagen, die eine Verschärfung des Waffenrechts oder eine Beschneidung des Schiesssports erzwingen wollten, stets deutlich abgelehnt. Zudem versicherten Bundesrat und Politiker vor der Schengen-Abstimmung im Jahr 2005, es werde nicht am Schweizer Waffenrecht gerüttelt, auch nicht nach einem Ja zu Schengen! Keine 15 Jahre später ist dieses Versprechen vergessen.

Sollte dieses Diktat gelingen, wird die EU auf gleichem Weg weitere Privilegien der Schweiz in anderen Bereichen kippen – dieser Entwicklung müssen wir entgegentreten. Die Schweiz ist ein eigenständiger und souveräner Staat!

Legen wir am 19. Mai 2019 ein Nein in die Urne. Eine Übernahme der EU-Waffenrichtlinie ist unrecht, nutzlos, freiheitsfeindlich und antischweizerisch. Knicken wir nicht ein vor der EU. Lassen wir uns von Brüssel nicht unser jahrhundertealtes Recht auf privaten Waffenbesitz nehmen. Lassen wir es nicht zu, dass die EU das Schiessen als Breitensport und die Schweizer Schützentradition beendet!

Reisen für unvergessliche Erlebnisse.



Das macht Carmäleon Reisen einzigartig: moderne Cars, individuelle Betreuung, Sicherheit und höchster Komfort. Und eine grosse Auswahl. Lassen Sie sich von unseren Angeboten inspirieren...

Carmäleon Reisen AG

CH-5332 Rekingen, Telefon +41 56 298 11 11
www.carmaleon.ch



CARMÄLEON REISEN

Ganz und Car individuell



ROBERIT

LABOSIM | KLOSE-VITAL

Markierung & Signalisation

Markierung und Signalisation seit 1948

Kontakt:

0848 018 018

www.roberit.ch • info@roberit.ch

ROBERIT AG

Standorte:

Windisch AG • Ballwil LU • Lausanne VD • Liestal BL • Münsingen BE

... dort, wo Sicherheit zählt

Ja zur Steuervorlage 17 ist für den Standort Schweiz von grösster Bedeutung

von Thomas Bodmer, dipl. Volkswirtschaftler und dipl. Steuerexperte, Wettingen



Rund 50% aller Unternehmensgewinne (jur. Personen) in der Schweiz stammen aus Gesellschaften aus dem Ausland, die einzig nur wegen den kantonalen Steuerprivilegien (Holdingprivileg, Gemischte Gesellschaft) hier sind und die sofort wegziehen würden, wenn sie diese Vorteile verlieren.

Die volkswirtschaftlich sehr wichtige Staatsquote in der Schweiz ist in den letzten Jahrzehnten leider stark angestiegen und die Freiheit der Wirtschaft eingeschränkt worden. Bei den Unternehmenssteuern für ordentlich besteuerte Gesellschaften hat die Schweiz im weltweiten Vergleich stark an Boden verloren, indem im Ausland die Steuersätze verbreitet stark gesenkt worden sind. Die Gewinnsteuersätze liegen in der

Schweiz abgesehen von wenigen Standorten, welche die Steuervorlage unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung bereits ganz oder teilweise umgesetzt haben (z.B. NW, VD und LU) im oberen Mittelfeld. Nur noch mit Privilegien kann die Schweiz auf dem internationalen Parkett mitspielen. Vor allem neu gegründete Unternehmen in zukunftsweisenden Branchen vergleichen heute die Standorte weltweit. Die Steuern sind dabei nicht das einzige aber oft ein sehr wichtiges Kriterium. Ob die Firmen 92% ihrer Gewinne ins Wachstum investieren können (bei einem Unternehmenssteuersatz von gut 8%, wie er für gemischte Gesellschaften möglich ist) oder ob nur knapp 80% wie in den Kantonen Aargau oder Zürich oder gar nur etwas mehr als 70% in besonders ungünstigen Kantonen bleiben, ist von sehr grosser Bedeutung.

Die heutigen Steuerprivilegien verstossen nach verbreiteter Meinung im Ausland gegen die von der Schweiz abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen. Die Verhandlungsposition der Schweiz ist heute geschwächt, weil unsere Konkurrenten gemerkt haben, dass wir nicht mehr geschlossen unsere Positionen vertreten. Ex – BR Widmer-Schlumpf hat mit den vielen Regulierungen und Zusagen ans Ausland zu viel verkachelt, als dass es heute noch

ein Zurück gäbe. Die kampflose Aufgabe des Bankgeheimnisses auf Druck von Ländern, die es selbst nach wie vor praktizieren, die Teilnahme an der Massendenunziation im Rahmen des automatischen Informationsaustausches und die Anbiederungsbemühungen an die wirtschaftlich erfolgloseste Einrichtung der Welt, die EU, haben dem Ausland Mut gemacht. Es steht deshalb ausser Diskussion, dass die Privilegien sehr rasch fallen werden, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung. Zwar hätten wir noch ein paar Jahre Zeit, eine neue Vorlage zu bringen, bevor die Unternehmen wegziehen, ich erachte die Wahrscheinlichkeit einer späteren politischen Einigung aber als sehr klein.

Die Vorlage ist gerecht, denn sie diskriminiert nicht wie die heutigen Privilegien die ordentlich besteuerten Gesellschaften und damit die KMU. Es ist gar eine einzigartige Chance, für alle Unternehmungen günstige Unternehmenssteuersätze zu bekommen. Auch wenn die Koppelung mit der AHV - Vorlage sehr stossend ist und wenn im Aargau der grösste geldverteilende Visionär den ich in meiner politisch aktiven Zeit erlebt habe, sich als Finanzdirektor darüber foutiert,

Fortsetzung auf Seite 10

was der Rest der Schweiz macht und die bald einzigartige hohe Gewinnsteuer im Kanton beibehalten will, muss diese Vorlage durchkommen. Die Reduktion des Dividendenprivilegs wird für neu erwirtschaftete Gewinne durch die tieferen Gewinnsteuersätze mehr als ausgeglichen

und wir im Kanton Aargau müssen selbst dafür sorgen, dass wir wie der Rest der Schweiz eine vernünftige Unternehmensbesteuerung bekommen.

Thomas Bodmer, dipl. Volkswirtschaftler und dipl. Steuerexperte, Leiter der Steuerberatung der

weltweit vernetzten a8o kreston ag, Baar, Zürich und Horgen, nebenamtlicher Richter in der Steuerkammer des Verwaltungsggerichts des Kantons Aargau, ehemaliger Grossrat und Einwohnerrat der SVP.



**Besuchen Sie
unsere Ausstellung!**

5053 Staffelbach • Tel. 062 739 16 16 • www.hauriag.ch



Lüpold AG
5103 Möriken



Der kompetente Fachbetrieb für:

- Kanalreinigung
- Ablaufentstopfung
- Kanalfernsehen
- Strassenreinigung
- Schachtentleerung
- Spezialsaugarbeiten
- Entsorgung von Sonderabfällen

Es suberi Sach!



**E zuekonftsorientierti
Firma....**

**..... unterstützt e
zuekonftsorientierti Politik**

Tel. 0628 870 870 www.luepold.ch

NEIN zum AHV-Steuer-Deal

von Thomas Burgherr, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Wiliberg



Manchmal braucht es Kompromisse in der Politik. Diese Kompromisse müssen aber einfach und verständlich sein. Die Bevölkerung muss auf einen Blick sehen, wie die beiden Seiten aufeinander zugegangen sind. Nur schon die Steuervorlage ist jedoch ein komplexes und grosses Paket, das geschnürt wurde. Folgendes muss man sich unbedingt bewusst werden. Die Steuervorlage machen wir auf ausländischen Druck hin. Es ist ein linkes Anliegen, dass gewisse Steuerpraktiken für internationale Grossunternehmen nicht mehr sein dürfen. Um diese Änderung zu kompensieren, wird das ganze Schweizer Steuersystem für Unternehmen umgebaut. Gewisse Steuern werden verringert, andere werden erhöht. Es gibt beispielsweise Zückerli für Forschung und Entwicklung, umgekehrt wird die Dividendenbesteuerung erhöht. Dabei sind

schon viele kleine Kompromisse enthalten. Zum Beispiel wird die Erhöhung der Dividendenbesteuerung viele KMU und Familienbetrieben hart treffen.

Das grosse Zahlenschieben

Zusätzlich gibt es wegen Verlagerungen zwischen Bund und Kantonen Anpassungen beim Finanzausgleich, Ergänzungsbeiträge für finanzschwache Kantone, eine Gemeindeklause und eine Erhöhung des Anteils der Kantone an den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer. Das sind alles in allem zusammen 8 steuerliche Massnahmen bei Unternehmen, 3 steuerliche Massnahmen bei den Aktionären und 4 finanzpolitische Massnahmen. Ob dieses Steuerpaket als einfacher und verständlicher Kompromiss bezeichnet werden kann, überlasse ich Ihnen. Immerhin gehören alle Massnahmen in das gleiche Politikfeld: Finanzen und Steuern. Es ist eine grosse Reform, die selbstredend aus vielen Massnahmen besteht.

Mega-Paket um die Linken einzukaufen

Die Linken wollen ja so oder so den Kapitalismus abschaffen. Grossfirmen und Unternehmen sind ihnen eh suspekt. Weil die Steuerreform schon sehr komplex ist, war es ein leichtes für SP-Levrat bei jedem Schritt zu behaupten, dass der gefundene Kompromiss keiner ist. Es brauche noch mehr Entgegenkommen. Der Gipfel dieses Power-

plays ist nun, dass die Sozialisten es geschafft haben, noch zusätzlich eine AHV-Spritze in das Paket zu schmuggeln. Die offenbar nicht sehr selbstbewussten und willfährigen Wirtschaftsverbände haben das unterstützt und damit einem demokratiepolitischen Sündenfall zugestimmt. Sie haben die Linken für ihre Steuerreform eingekauft. Paradoxerweise eine Steuerreform, die aufgrund von linken Anliegen überhaupt erst nötig wurde.

Solch sachfremde Vorlagen miteinander zu verknüpfen ist in verschiedener Hinsicht falsch:

- Es macht aus einem schon bereits sehr komplizierten Paket ein intransparentes und unverständliches Mega-Paket!
- Eine seriöse und sachliche Diskussion wird dadurch verunmöglicht.
- Es verstösst gegen die Einheit der Materie, die ansonsten für Volksinitiativen gilt. Diese Einheit der Materie bezweckt, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren politischen Willen frei und unverfälscht bilden und äussern können. Ohne diesen Grundsatz würde die Bevölkerung gezwungen, zu verschiedenen Themen mit einem einzigen «Ja» oder «Nein» Stellung zu beziehen, was einer Behinderung der politischen Rechte darstellen würde.

Fortsetzung auf Seite 12

AHV-Milliarden sind unverantwortlich

Dazu kommt, dass der AHV-Teil in diesem Monsterpaket der schlechteste ist von allen. Die Probleme der Altersvorsorge werden damit keinesfalls gelöst, sondern bloss für einige wenige Jahre weiter in die Zukunft verschoben. Wir belasten damit kommende Generationen. Das ist unverantwortlich. Die Probleme werden einfach mit ein paar Milliarden Franken überdeckt. Die wichtigen und nötigen Reformen, die für eine stabile und sichere Vorsorge dringend wären, werden damit weiter auf die lange Bank ge-

schoben. Das ist das linke Motto: Probleme werden einfach mit kollektiven Geldern zugedeckt, anstatt strukturell die Herausforderungen anzupacken. Was die SP mit ihrer AHV-Initiative nicht hingekriegt hat, weil das Volk die sozialistischen Absichten durchschaut und die Initiative abgelehnt hat, versucht sie jetzt durch die Hintertür und mit politischen Trickereien doch noch durchzuboxen. Das ist unredlich und undemokratisch.

Mittelstand und Unternehmen bezahlen die Zeche

Eine nötige und ausgeglichene Steuerreform ist auch ohne um-

fassende und sachfremde Zugeständnisse an Links zu gewinnen. Diese unsachliche Verknüpfung mit der AHV ist eine Blendgranate, die den Mittelstand und die kommenden Generationen massiv belasten werden. Denn jemand muss dieses Milliarden Geschenk ja bezahlen. Einerseits wird die Bundeskasse mit zusätzlichen 800 Millionen Franken pro Jahr belastet. Andererseits werden die Unternehmen und die Arbeitnehmenden mit höheren Sozialabgaben die restlichen 1,2 Milliarden Franken pro Jahr berappen müssen.

Wie stoppen wir die Kostenlawine im aargauischen Gesundheitswesen?

von Jean-Pierre Gallati, Grossrat / Fraktionschef,
Mitglied der Kommission Gesundheit und Soziales des Grossen Rats, Wohlen



aber auch beim Kanton anfallenden Pflegekosten (v.a. Heimaufenthalte) steigen geradezu explosionsartig an. Weiter eskalieren die Zahlungen der AHV (Sozialversicherungsanstalt) unter dem Titel Ergänzungsleistungen (EL): pro Person können diese monatlich weit über 2'500 Franken betragen. EL-Ansprüche entstehen besonders bei älteren Personen, welche die Kosten der Heime nicht selber bezahlen können.

Die folgende Tabelle zeigt das Kostenwachstum:

Wegen der Gesundheitskosten befinden sich die Kantonsfinanzen in Schieflage. Nur dank einmaliger Effekte und kreativer Buchhaltung schafft es der Grosse Rat, das enorme strukturelle Defizit zu cachieren. Lange wird das nicht mehr gutgehen. Die schwere Blutung der Kantonsfinanzen ist dringend zu stoppen.

1. Welches sind die Kostentreiber?

Die Gesundheitskosten im Kanton Aargau weisen seit 2008 einen rasanten Anstieg auf. Dies gilt für die Kosten der ambulanten sowie der stationären Behandlungen. Hinzu kommen die von Kanton und Bund ausgerichteten Zahlungen zur Vergünstigung der Krankenkassenprämien. Die in erster Linie bei den Gemeinden (sog. Restkosten),

Beiträge des Kantons: 2008 2017 2020			
Prämienverbilligung	60 Mio.	71.8 Mio.	105 Mio.*
Akutsomatik (Spitäler)	237 Mio.	528 Mio.**	–
EL	95 Mio.	170 Mio.	–
GWL (2012 – 2017)	26.8 Mio.	24.7 Mio.	–

Quelle: Jahresberichte Kanton Aargau

* *Beschluss Kommission GSW (ev. Erhöhung zufolge Bundesgerichtsurteil)*

** *2011: noch CHF 306 Mio., danach Systemwechsel auf DRG*

Fortsetzung auf Seite 15

Weizen- und Spezialmühle Getreidesammelstelle



Knecht Mühle AG
Oberdorf 123
5325 Leibstadt
Tel. 056 247 11 44
info@knechtmuehle.ch
www.knechtmuehle.ch



Eine gute Wahl:
Hansjörg Knecht



Ein «Körnchen» besser.

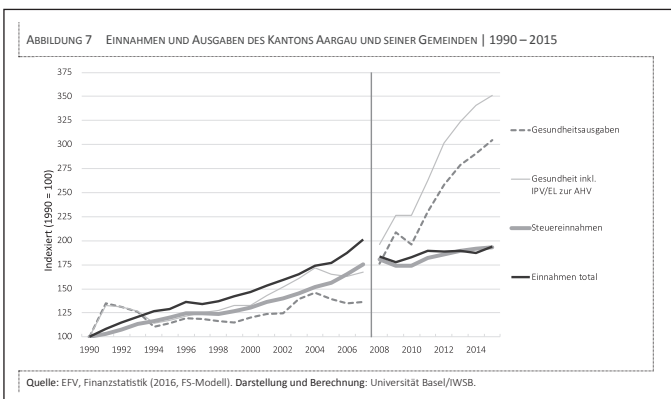


Ocostrasse 20
Postfach 250
5330 Bad Zurzach

Telefon 056 249 12 22
info@oeschgerdruck.ch
oeschgerdruck.ch

dynamisch. schnell. verlässlich.

Insgesamt sind die jährlichen Ausgaben unseres Kantons im Zeitraum 2008 bis 2015 für das Gesundheitswesen von 528 Mio. auf 944 Mio. Franken gestiegen (+79%). Im gleichen Zeitraum war ein konstantes Bevölkerungswachstum, aber nur ein schwacher Anstieg der Steuererträge zu verzeichnen. Der Anteil der Gesundheitskosten am kantonalen Steuerertrag ist von 12.1% im Jahr 2007 auf 23.1% im Jahr 2016 angewachsen (siehe die nebenstehende Darstellung)



Seit 2011 sind im Kanton Aargau 4'800 neue Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialwesen entstanden, was 2/3 des gesamten Stellenwachstums ausmacht. Die insgesamt 30'000 Mitarbeiter in diesem Wirtschaftszweig erarbeiten einen Umsatz von ca. 4 Mrd. Franken, was 10% des aargauischen BIP entspricht. Das Wachstum dieser Stellen ist aber viel höher, als deren Beitrag zum BIP-Wachstum wächst¹. Das von Branchenverbänden harmonisch gesungene Loblied, der Gesundheitssektor sei eine blühende Branche und ein wichtiger Treiber des Wirtschaftswachstums, ist zu hinterfragen. Denn die Kosten des Gesundheitswesens werden von einem staatlichen Zwangssystem finanziert: Es sind zum grössten Teil die Prämienzahler der Krankenkassen sowie die Steuerzahler des Kantons und der Gemeinden, welche diese staatlich gesteuerte Maschine bezahlen. Dabei beziehen viele Leistungserbringer als Profiteure dieses zwangsfinanzierten Systems Höchstlöhne, die nicht zu unserem gewerblich geprägten Kanton passen.

Das jährliche strukturelle Defizit des Kantons beträgt ca. 150 Mio. Franken. Hinzu kommen die zurzeit 450 Mio. Franken, die der Kanton Aargau via Finanzausgleich erhält. Damit besteht ein jährliches Finanzloch von 600 Mio. Franken. Dieses kann und darf nicht mit Steuererhöhungen gestopft werden! Die finanziell dramatische Lage ist auf die Kostenexplosion im Bereich Gesundheit und Soziales zurückzuführen.

2. Gibt es Instrumente zur Kostenreduktion?

Dem AGV und der AIHK sind die bisher besten konzeptionellen Vorschläge für Kostendämmungen im aargauischen Gesundheitswesen zu verdanken: Die SVP unterstützt die meisten in der Studie von Prof. Stefan Felder im Jahr 2018 präsentierten Lösungsvorschläge auf kantonaler Ebene.

Auf Bundesebene schlägt die SVP folgendes vor: Den Selbstbehalt der Grundversicherung erhöhen und den Leistungskatalog der Grundversicherung verkürzen. So sind z.B. Geschlechtsumwandlungen vom Patienten selber zu finanzieren. Für Asylbe-

werber und nicht werktätige Ausländer ist eine separate Krankenkasse mit Minimalleistungen (siehe Schwarze Liste) einzuführen; nötigenfalls ist die Genfer Flüchtlingskonvention in zwei Punkten zu kündigen. Gerade im ambulanten Bereich sind es schlecht integrierte Ausländer, welche die Notfallstationen unserer Spitäler zu Tausenden über-schweren.

Im Folgenden seien Vorschläge beschrieben, die sich im Kanton realisieren lassen, d.h. ohne Revision von Bundesgesetzen. Vorab gilt es, Modelle der integrierten Versorgung zu installieren. Die Zulassungsbeschränkung für neue Ärzte hat in der jüngeren Vergangenheit kaum die angepeilte Wirkung gezeigt, sondern im Gegenteil zu einer Verschärfung des Mangels an Hausärzten geführt.

¹Polynomics AG, *Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens im Kanton Aargau, Studie im Auftrag der VAKA, Schlussbericht vom 16. Mai 2018, S. 5.*

Fortsetzung auf Seite 17



MAITAGUNG

— BREMGARTEN —

Freitag, 10. Mai 2019

18.30 – 23.00 Uhr, Casino Wohlen



Toni Brunner

Ehem. Präsident SVP Schweiz und Alt-Nationalrat:

**«Geschichten und Anekdoten
aus meinem Leben»**

18.30 – 19.00 Uhr

19.00 – 19.15 Uhr

19.15 – 20.30 Uhr

20.30 – 21.15 Uhr

21.15 – 22.00 Uhr

ab 22.00 Uhr

ca. 23.00 Uhr

Apéro

Begrüssung: Bezirksparteipräsident und Grossrat René Bodmer

Willkommensgruss: Gemeindeammann Arsène Perroud

Nachtessen (Eintritt inkl. Nachtessen Fr. 30.-)

Referat: Ehem. Präsident SVP Schweiz und

Alt-Nationalrat Toni Brunner

Vorstellung der SVP Kandidaten für National- und Ständerat

Diskussion und individuelle Gespräche

Unterhaltung mit den «Stubenhöckler»

Ende

Anmeldung und Reservation

Online: www.svp-bezirkbremgarten.ch (ab 3. April, 17 Uhr)

Tel: 079 249 53 21 (jeden Mittwoch im April von 18 bis 19 Uhr)

Alle SVP-Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich willkommen!

«Ohne einen Knüppel geht es nicht»²

Zur Bremsung der Fallzahlen sind Kostendeckel im Spital- und Pflegebereich einzuführen (sog. Globalbudget). Ohne den Einsatz rigoroser Instrumente lässt sich ein Kollaps der Kantonsfinanzen nicht verhindern! Art. 51 und 54 KVG bieten dafür die Grundlagen. In vielen anderen Gebieten führt der Kanton «Pilotprojekte» durch (Schule, Asylheime etc.). Nur bei der Gesundheit wagt er es nicht, neue Wege zu beschreiten. Die von allen Parteien gepredigten Aufrufe an die Selbst- oder Eigenverantwortung der Bevölkerung, aber auch die millionenteuren Präventionskampagnen bringen keinen erkennbaren Nutzen. Weil das Gesundheitssystem heute stark verstaatlicht ist, braucht es nur schon für eine Verlangsamung des Kostenanstiegs gesetzliche «Bremsen».

«... stehe ich hinter dem Vorschlag eines Globalbudgets, allerdings ohne Begeisterung. Es wäre eine Art Notbremse, die zwar funktioniert, aber auf brachiale Art.»

Dr. rer. Pol Heinz Locher, Bern

Der Regierungsrat muss die drei Kantonsspitäler aktiv steuern!

Der Kanton ist Alleinaktionär und damit Eigentümer der Kantons-spital Baden AG (KSB), der Kantonsspital Aarau AG (KSA) und der Psychiatrische Dienst Aargau AG (PDAG). Als Vertreter des Kantons liegt es am Regierungsrat, die Verwaltungsräte der drei Kantonsspitäler zu rekrutieren, zu wählen und zu instruieren. PDAG und KSB laufen gut und werden professionell geführt;

sie erreichen regelmässig die Ziele des Kantons. Ein Blick auf das KSA legt aber viele Mängel offen: Der Regierungsrat muss dafür sorgen, dass das KSA die Eigentümerziele (zentral: EBITDA von 10%) erreicht. Das KSA hat dieses Ziel noch nie auch nur ansatzweise erreicht! Der bisherige, grobfahrlässige Umgang des Kantons mit dem KSA ist geprägt von Passivität, was nicht nur Insider wissen (z.B. 2011: Übernahme-Flop Augenklinik Pallas durch KSA; 2018: Chefarztaffären KSA und auch KSB; 2018: Angriff KSA auf Herzchirurgie Hirslanden-Klinik Aarau). Wenigstens wurden zu Beginn des Jahres 2019 die sog. Honorarpools beim KSA und beim KSB abgeschafft. Aus diesen Vehikeln bezogen Chefärzte und Leitende Ärzte Löhne wie aus einem Goldesel – dies sogar in Jahren, in welchen das Spital rote Zahlen schrieb!

Die Interessenkonflikte beim Kanton sind zu eliminieren. Der Kanton kann nicht gleichzeitig Eigentümer, Regulator, Aufsichtsbehörde und Sponsor von Spitälern sein. Diese Rollen sind zu trennen. Ein Verkauf der Kantonsspitäler ist im Spitalgesetz zu ermöglichen und zu prüfen. Der Regierungsrat sollte in einem ersten Schritt 30% der Aktien an den Kantonsspitalern an einen oder mehrere private Investoren verkaufen, die gleichzeitig das Management der Spitäler übernehmen könnten. Anschliessend wäre aufgrund der Erfahrungen eine vollständige Privatisierung zu prüfen. – Was das KSA angeht, muss der Regierungsrat den 600 bis 700 Mio.-Neubau stoppen und eine neue, finanziell tragbare Variante der wirklich nötigen Erneuerung

der Altbauten suchen. Seit Vorliegen einer Expertise der PwC aus dem Jahr 2018 ist bekannt, dass das KSA bei einer Stand alone-Betrachtung die Finanzierung des 600-Mio.-Neubaus nicht stemmen kann.

Bei der Pflege ist die Tarifgestaltung an die Gemeinden zu delegieren. Spitex-Leistungen sind im Konkurrenzverfahren auszu-schreiben. Gleichzeitig sind die Höchstarife für Ergänzungsleistungen auf ein vernünftiges Mass herabzusetzen.

Es braucht gewaltige Anstrengungen, um nur schon den Anstieg der Gesundheitskosten auf das Niveau des Wirtschaftswachstums zu reduzieren. Die aargauischen Kantonsfinanzen sind ein Sanierungsfall. Die ausgetretenen Pfade der aargauischen Gesundheitspolitik taugen nicht mehr.

3. Was bringt das neue Spitalgesetz?

Das neue Spitalgesetz («Entwurf») ist nicht besser als das bisherige. Die SVP Aargau lehnt es ab. Es fehlen griffige Massnahmen zur Eindämmung des Kostenwachstums. Dass die Aufträge an die Spitäler neu auf unbestimmte Zeit – bisher auf vier Jahre – vergeben werden sollen, führt zur Aushebelung des Wettbewerbs und zur Zementierung des Marktes. Dies im Gegensatz zur im KVG 2012 gewünschten Dynamik. Bei staatlichen Auftragsvergaben darf es keine «ewigen» Aufträge geben!

²Dr. rer. pol. Heinz Locher, Bern.

Fortsetzung auf Seite 19

ISOTECH

Aargau AG

Isotech Aargau AG
Hauptstrasse 26
5502 Hunzenschwil
Tel 062 824 58 51
Fax 062 822 08 70
aarau@isotech.ch
www.isotech.ch

WIR FUGEN, DICHTEN UND BESCHICHTEN

Fugendichtungen

Brandabschottungen

Flüssigkunststoffe

Mapeband / Combiflexband

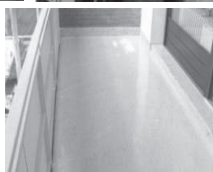
Injektionen / Bauwerksverstärkungen

Dichtbänder im Fassadenbau

Sanierung von PCB Schadstoff - Fugen

Eigene Raupenhebebühne bis 14 m

Industriekletterer Fassadensanierung ohne Gerüst



*Dicht am Bau,
seit 50 Jahren*



Isotech Aargau AG
Abt. Hochstrasser Baukeramik
Hauptstrasse 26
5502 Hunzenschwil



**IHR
PLATTENSPEZIALIST**

Keramische Wand- und Bodenbeläge

Natursteinarbeiten



Eine kantonale Kontingentierung der stationären Eingriffe zugunsten ambulanter Behandlungen ist unzulässig. Mit dieser Änderung greift der Kanton laut einem Urteil des aargauischen Verwaltungsgerichts vom 5. Dezember 2018 in eine Bundeskompetenz ein. Der Trend «ambulant vor stationär» findet automatisch statt. Es entsteht der Eindruck, dass der Kanton darauf abzielt, seine 55%-ige Beteiligung an den Kosten der stationären Eingriffe in den ambulanten Bereich abzuschieben – auf dem Buckel der Patienten und der Krankenkassen!

Schreibtischtäter oder Ärzte?

Die Mitfinanzierung der ambulanten Psychiatrie durch den Kanton unterläuft das Finanzierungssystem des KVG. Die SVP lehnt neue Ansprüche für Subventionen ab. – Die Entscheidung, ob eine Operation zulässig ist, darf nicht von einem Beamten gefällt werden («Schreibtischtäter»). Offenbar traut der Regierungsrat der Ärzteschaft nicht über den Weg. Die medizinischen Fachgesellschaften erarbeiten Standards, wie die Indikatoren zu beurteilen sind. – Auch die vorgeschlagene Datensammlung ist abzulehnen, damit Spitäler und Verwaltung nicht in der Datenflut ertrinken.

Die neue, schwammige «Pilotnorm» ist rechtsstaatlich bedenklich. Solche Pauschal-Ermächtigungen sind brandgefährlich. Experimente v.a. im Bereich integrierte Versorgung sind sinnvoll, bedürfen aber keiner «Pilotnorm». Bald wird der Bund einen Experimentierartikel in das KVG aufnehmen. – Der Entwurf will neu den Anspruch der Spitäler auf Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen (GWL) gesetzlich verankern. So entstünden neue Rechtsansprüche, welche der Steuerzahler tragen müsste. Die Spitäler warten nur darauf, unter dem Titel GWL weitere Gelder aus dem Kanton herauszupressen. Bisher leistet der Kanton Aargau äusserst bescheidene Beträge an die GWL der Spitäler; das ist die einzige Kostenstelle im Gesundheitswesen, die in den letzten zehn Jahren nicht angewachsen ist. Der Grund liegt darin, dass hier der Grosse Rat selber und ohne gesetzliches Korsett über die Höhe der Zahlungen entscheiden kann.

Verstaatlichung des Rettungswesens?

Der Entwurf sieht eine faktische Verstaatlichung des Bodenrettungswesens vor, indem er dessen Koordination den Spitälern zuweist. Damit droht eine Kartellisierung des Rettungswe-

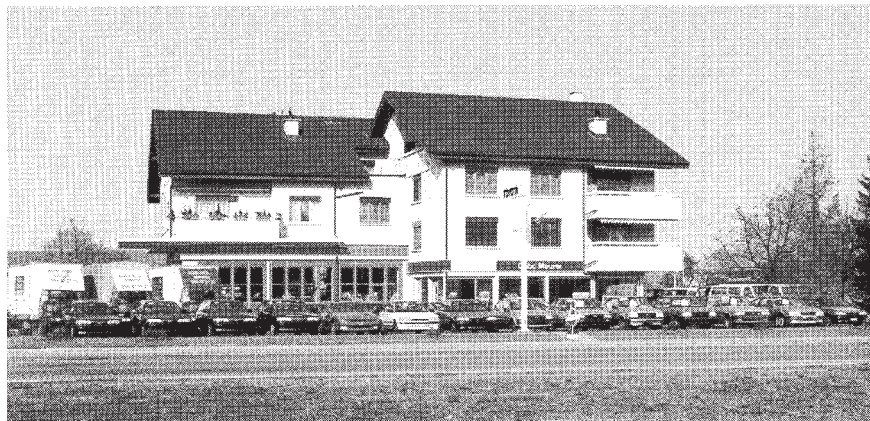
sens. Will hier der Regierungsrat die Ausrottung des Unternehmertums? Vorzuziehen ist das traditionelle Nebeneinander von Spitälern und privaten Rettungsunternehmen.

Fast schon peinlich berührt der Entwurf mit Blick auf die Beteiligungsverhältnisse an den Kantonsspitalern: Bisher sieht das Spitalgesetz vor, dass der Kanton 30% der Aktien seiner Kantonsspitäler verkaufen darf. Daran will der Regierungsrat nichts ändern. Jedoch will er die Kompetenz zum Verkauf der 30% vom Grossen Rat auf den Regierungsrat übertragen. Weiter entwickelt der Regierungsrat wirre Holding-Phantasien. Das ist unseriös – v.a. weil der Regierungsrat ein ihm bekanntes Gutachten der PwC vom Mai 2018 mit guten Vorschlägen zur Privatisierung der Kantonsspitäler ausgeblendet und während vieler Monate unter dem Deckel gehalten hat.

Das DGS hat vom Regierungsrat den Auftrag, zwischen 25 und 30 Mio. Franken pro Jahr einzusparen. Mit dem Entwurf wird unter dem Strich nichts eingespart – im Gegenteil! Das neue Spitalgesetz eröffnet unserem Kanton keine neuen Perspektiven. Einmal mehr liegt eine untaugliche, von der Verwaltung inszenierte Gesetzgebung vor.

Gebr. Maurer Automobile GmbH

Tel. 062 897 21 21 • Bahnhofmatten 2 • 5502 Hunzenschwil



Auszug aus dem Tätigkeitsbereich

- Verkauf, Service und Reparaturen von Personenwagen und Nutzfahrzeugen
- Abgaswartung von Dieselmotoren
- Neu: Elektronische Lenkgeometrie-Vermessung
- Bus, Lieferwagen- und Personenwagenvermietung
- Fahrzeug- und Transportkühlanlagenbau
- Langjährige Mitarbeiter bieten hohen Wissensstand
- Profitieren Sie von unserer Vielseitigkeit!

«Ganz in Ihrer Nähe»

Klimaänderung: Apokalypse oder dummes Geschwätz?

Am Donnerstag, 9. Mai 2019 um 19:30h (kleine Festwirtschaft ab 18:30h) findet in der MZH Untersiggenthal, organisiert von der SVP Untersiggenthal ein Vortrag zum Thema Klimaänderungen des **SRF-Meteorologen Dr. Felix Blumer** statt. Das Referat betrachtet die Klimaveränderungen global, in ausgewählten Gebieten der Erde und in der Schweiz. Ein besonderes Augenmerk ist dem Treibhausgas CO² gewidmet. Darüber hinaus befasst sich der Vortrag mit den Konsequenzen aus solchen Veränderungen, auch dies global und für unser Land. Der Vortrag ist öffentlich, der Eintritt ist frei.

Untersiggenthal Mehrzweckhalle Dorfstrasse

Donnerstag, 9. Mai 19:30 Uhr

Hinweis:

Gerne drucken wir auch Ihre eingesandten Texte ab, sofern es die Platzverhältnisse erlauben.
Texte mailen an pascal.furer@svp-ag.ch

GLOBAL präsent
LOKAL verankert



FINDEN SIE IHREN JOB BEI UNS | www.bertschi.com

Auf Wasser, Schiene und Strasse
Intermodale Logistik seit 1956

BERTSCHI

SVP Frauen zu Besuch im Bundeshaus bei NR Sylvia Flückiger-Bäni

von Stefanie Heimgartner, Grossrätin, Präsidentin SVP Frauen Aargau, Baden



leider verloren hat. Übrigens war bereits im ganzen Bundeshaus bekannt, dass die SVP Frauen «SVP-Like» zuerst in den Apéro gehen und erst dann auf den offiziellen Rundgang. Nach diesem kurzweiligen Apéro, mit interessanten Gesprächen, durften wir die Session von der Nationalrattribüne aus weiterverfolgen, bevor wir uns zur Fragestunde mit NR Sylvia Flückiger-Bäni in ein Sitzungszimmer zurückgezogen haben. Sylvia hat sich viel Zeit für die SVP Frauen genommen und Fragen

zum Parlamentsablauf, zum Rahmenabkommen, zur Kohäsionsmilliarde, sowie auch private Fragen beantwortet. Die Zeit verging wie im Fluge und nach rund 3.5 Stunden durften wir als Abschluss im Bundeshaus, eine informative Kuppelhallenführung geniessen.

Damit wir uns wieder gestärkt auf den Heimweg in den Aargau machen konnten, genossen noch einige Frauen die kulinarischen Künste des Kornhauskellers, was dem Abend einen würdigen Abschluss gab.

Knapp 20 Frauen haben sich mit dem Zug nach Bern begeben und die Frühlingssession im Bundeshaus besucht. Gestartet sind wir mit einem ausgiebigen Apéro in der Galerie des Alpes, wo wir bereits einige Nationalrätinnen und Nationalräte getroffen haben. Dies war für uns ein tolles Erlebnis, den nationalen Politikern so nahe zu kommen und mit ihnen persönliche Gespräche zu führen. Sylvia Flückiger hat uns herzlich willkommen geheissen, bevor Sie zur Abstimmung zur Kohäsionsmilliarde rennen musste, welche die SVP



Schon wieder falsch gedacht?



Akademiker wählen ...

**... schau auf www.falschgedacht.ch
wer alles SVP wählt!**

Sackstarke Argumente

für die Wahl von Hansjörg Knecht als Ständerat

Er hat das politische und menschliche Format

- wer ihn kennt, schätzt ihn als besonnene Persönlichkeit
- er begegnet Menschen mit Respekt
- als verantwortungsvoller Unternehmer schaut er voraus – auch in der Politik
- er ist offen für gute Argumente

Er bringt grosse Erfahrung mit

- seit 2011 Nationalrat
- Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
- 15 Jahre Aargauer Grossrat
- 8 Jahre regionaler Planungsverband
- 8 Jahre Exekutivverfahren im Gemeinderat

Grosse Kompetenz in Aargauer Kernthemen

- Wirtschaft, Gewerbe und Landwirtschaft
- Finanzen und Steuern

- Verkehrspolitik (fährt auch LKW)
- Energiepolitik
- Kampf gegen Bürokratie und Regulierungen

Er hat die nötige Bodenhaftung

- er trägt als Arbeitgeber soziale Verantwortung für Menschen
- er ist als aktiver Unternehmer am Puls des Gewerbes, der Wirtschaft und der Landwirtschaft
- er leitet einen führenden Familienbetrieb
- er setzt sich als Präsident des HEV Aargau für den Schutz des privaten Eigentums ein.



**«Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende.
Besten Dank!»**

[illegible]

Ihre Unterstützung schafft Mehrwert für den Aargau!

JSVP Aargau

Wir haben nominiert!

Alle Informationen zu unseren
16 Nationalratskandidaten und
Kandidatinnen finden Sie
auf unserer Webseite.

www.jsvp-aargau.ch/wahlen-2019

Voranzeige

Mitgliederversammlung der JSVP Aargau
18. April 2019
Rest. Löwen, Herznach



www.jsvp-aargau.ch



Stabübergabe von Adrian Schmitter an Milly Stöckli

Milly Stöckli, Adrian Schmitter, Hans Killer



Der neue Vorstand

v.l.: Thomas Burgherr, Jörg Hunn, Vreni Friker, Thomas Lüpold, Milly Stöckli, Christoph Riner, Hans Killer

17. Generalversammlung Club «Bürgerliche 100»

Grossrätin Milly Stöckli wird zur Präsidentin gewählt

von Vreni Friker, Grossrätin, Vorstandsmitglied Club «Bürgerliche 100», Oberentfelden



Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.

(Arthur Schopenhauer)

Diese schmerzliche Erfahrung musste der abtretende Präsident Adrian Schmitter machen. Aufgrund einer Erkrankung ist Adrian Schmitter per 31. Januar 2019 als Vizeamann zurückgetreten. Um sich weiter entlasten zu können, hat er nun auch das Präsidium des Clubs Bürgerliche 100 nach siebenjähriger Amtszeit abgegeben. Schmitter muss mit seinen Kräften haushälterisch umgehen. Deshalb konzentriert er sich jetzt auf die Genesung sowie auf seine berufliche Tätigkeit als CEO des Kantonsspitals Baden.

Schmitter eröffnete die Versammlung mit sehr persönlichen Worten zu seiner Gesundheit. Er

wählte dazu den Titel «Unsere Zeit ist endlich!» Er zitierte Jean-Luc-Picard wie folgt: «Was wir hinterlassen ist nicht so wichtig wie die Art, wie wir gelebt haben.» Nach seiner Einleitung führte er zügig durch die Traktanden der 17. Generalversammlung. Er blickte zurück auf die verschiedenen Anlässe und betonte, dass allesamt mit einer hervorragenden Beteiligung besucht wurden. Die Mitglieder des Clubs Bürgerliche 100 werden jeweils zum Fraktionsausflug der SVP Aargau eingeladen. Die Teilnehmenden genossen die Möglichkeiten zum intensiven, persönlichen Austausch mit den Mandatsträgern der SVP Aargau. Mit den Worten «Wenn es den Club nicht geben würde, man müsste ihn blitzartig gründen!» schloss Schmitter seinen Tour d'Horizon des Club-Jahres 2018.

Thomas Lüpold führte souverän und gespickt mit Humor durch die Finanzen und erläuterte die Mitgliedermutationen. Die Mitgliederzahl ist konstant hoch. Das ursprüngliche Ziel von 100 Mitgliedern ist mit jeweils rund 125 Mitgliedern mehr als erreicht. Erwähnenswert ist, dass 67 Mitglieder seit über zehn Jahren dabei sind, 22 Mitglieder gar seit der Gründung 2001.

Parteipräsident Thomas Burgherr bedankte sich im Namen der SVP Aargau für die grosse finanzielle Unterstützung, die für

die bevorstehenden Wahlen eingesetzt wird. «Eine Investition in die Zukunft unseres Landes» betitelte Burgherr die finanziellen Mittel und dankte sehr herzlich für das Engagement der Vorstandsmitglieder.

Gesamterneuerungswahlen

Der Vorstand wird jeweils für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Der abtretende Präsident Adrian Schmitter führte als Tagespräsident durch die Wahlen. Alle Bisherigen wurden mit Applaus wiedergewählt. Grossrätin Vreni Friker wurde anstelle von Adrian Schmitter neu in den Vorstand gewählt. Für das Präsidium stellte sich das bisherige



Fortsetzung auf Seite 30

Vorstandsmitglied Grossrätin Milly Stöckli zur Verfügung. Sie wurde mit Akklamation gewählt. Auch die bisherigen Revisoren Maya Meier und Pascal Furer wurden wiedergewählt.

Vizepräsident Hans Killer bedankte sich abschliessend bei Adrian Schmitter im Namen aller Clubmitglieder für seine grosse Arbeit und überreichte ihm ein Geschenk mit den besten Wün-

schen für eine möglichst gute Gesundheit. Mit den Worten «Ich werde dem Club weiterhin treu bleiben.» schloss Schmitter die Versammlung.



Wir bürgen für Aargauer Qualitätsweine

Peter Wehrli

Reb- und Weinbau
5024 Küttigen
Tel. 062 827 22 75
Fax 062 827 00 17
wehrli-weinbau@bluewin.ch
www.wehrli-weinbau.ch

Weingut Lindenmann

Brestenberger Weine
5707 Seengen
Tel. 062 777 14 26
Fax 062 777 14 66
info@weingut-lindenmann.ch
www.weingut-lindenmann.ch

Weingut Alter Berg

Michael Deppeler
5306 Tegerfelden
Tel. 056 245 30 75
Fax 056 245 52 75
info@weingut-alter-berg.ch
www.weingut-alter-berg.ch

Tel. 056/441 61 85
info@werthmueller.ch
www.werthmueller.ch
Letzistrasse 16
5213 Villnachern



Mit Werthmüller gebaut, das haut!

WAS WANN WO

Überblick über die Veranstaltungen und Anlässe in den Bezirken und Sektionen der SVP Aargau

Seniorenanlass

4.4.2019, 14:00

Anlass der SVP Aargau Senioren
Hotel Aarehof in Wildegg

Kantonalvorstandssitzung

10.4.2019

Boswil, Gasthof Löwen

Kantonalparteitag

10.4.2019, 20:00

Boswil, Gasthof Löwen

Klimaänderung: Apokalypse oder dummes Geschwätz?

9.5.2019, 19:30

Vortrag von SRF-Meteorologe Dr. Felix Blumer

Mehrzweckhalle, Dorfstrasse, Untersigenthal

SVP Untersigenthal

SVP Maitagung

10.5.2019, 18:30 Uhr

Mit Toni Brunner

Casino Wohlen

SVP Bezirk Bremgarten

100 Jahre SVP Bezirk Lenzburg

10.5.2019, 19:00

Generalversammlung mit Jubiläumsfeier
Seon

Abstimmung

19.5.2019

Politapéro mit Sessionsrückblick

22.6.2019, 11:00

Gasthof Adler, Birmenstorf

Politapéro mit Sessionsrückblick

24.6.2019, 19:30

Gasthof Schützen, Aarau

100 Jahre SVP Bezirk Kulm

23.8.2019

Mit aBR Christoph Blocher

Racletteabend

6.9.2019

SVP Birr

Landgemeinde

14.9.2019

Mit Referat von Staranwalt Valentin Landmann

SVP Bezirke Muri und Bremgarten

Politapéro mit Sessionsrückblick

28.9.2019, 11:00

Gasthof Adler, Birmenstorf

Politapéro mit Sessionsrückblick

30.9.2019, 19:30

Gasthof Schützen, Aarau

National- und Ständeratswahlen

20.10.2019

Kantonalparteitag

23.10.2019, 20:00

Lenzburg, Alter Gemeindesaal

Abstimmung, Ständeratswahlen 2. Wahlgang

24.11.2019

Kantonalvorstandssitzung

5.12.2019

Politapéro mit Sessionsrückblick

14.12.2019, 11:00

Gasthof Adler, Birmenstorf

Politapéro mit Sessionsrückblick

16.12.2019, 19:30

Gasthof Schützen, Aarau

Abstimmung

9.2.2020

Abstimmung

17.5.2020

100 Jahre SVP Aargau

22. August 2020

Campussaal Brugg

«MIT UNS KÖNNEN SIE
DIE VIELFALT
DER DRUCKMEDIEN
RICHTIG NUTZEN»



Weibel
Text Bild Druck
TRADITIONELL FRISCH
UND VIELSEITIG EDEL



Weibel Druck AG | Aumattstrasse 3 | Telefon 056 460 90 60 | info@weibeldruck.ch
5210 Windisch | Fax 056 460 90 65 | www.weibeldruck.ch